

Lausitzer-Kohle-Rundbrief

BRUNICOWY ROZGLĚD

**11. November
2022**

1. Kohleausstieg ist nicht Ursache des zunehmenden Wassermangels
2. Anwohner beklagen unerträglichen Tagebaulärm
3. LEAG-Oligarch will sich tschechischer Übergewinnsteuer entziehen
4. Ausstellung zu vom Kohletagebau bedrohtem Wald in Tharandt
5. Unser Wald in ZDF-Doku über Ostdeutschland
6. Am Sonnabend Verleihung des Panterpreises
7. Lausitzer Wasserstandsmeldung: Der Streit um den Regen von übermorgen

Kohleausstieg ist nicht Ursache des zunehmenden Wassermangels

Das Umweltnetzwerk GRÜNE LIGA ist am 10. November im Brandenburgischen Braunkohlenausschuss Darstellungen entgegengetreten, der politisch beschlossene Braunkohleausstieg wäre die Ursache des drohenden Wassermangels in der Lausitz. In der Sitzung des Gremiums stellte das Umweltbundesamt einen Zwischenstand des von ihm beauftragten Gutachtens „wasserwirtschaftliche Folgen des Braunkohleausstieges in der Lausitz“ in der Lausitz vor.

„Das Umweltbundesamt hat uns ausdrücklich bestätigt, dass eine Zuweisung der Verantwortung für die erwartete Wassersituation an den Kohleausstieg irreführend und sachlich falsch ist. Angesichts des irreführenden Gutachten-Titels erwarten wir auch öffentlich eine klarere Kommunikation in dieser Frage.“ sagt René Schuster, Vertreter der Umweltverbände im Ausschuss.

Schuster weiter: „Es bleibt nicht akzeptabel, dass ein Tochterunternehmen und mehrere regelmäßige Auftragnehmer des Kohle Konzerns mit dem Gutachten beauftragt wurden. Es bestand die Möglichkeit, solche Interessenkonflikte der Gutachter in den Ausschreibungskriterien auszuschließen, diese aber nicht genutzt.“

Die mit dem Auslaufen des Gewinnungsbergbaus verbundene Wassersituation tritt zu einem Teil unabhängig vom beschlossenen Kohleausstieg ein und zum anderen Teil wird sie durch diesen zeitlich um wenige Jahre vorgezogen. Grundsätzlich ist das Auslaufen eines Tagebaues die unvermeidbare Folge seines Aufschlusses. Es hat zu keinem Zeitpunkt eine rechtliche Festlegung existiert, nach der immer neue Tagebaue zu genehmigen gewesen wären.

Konkret bezogen auf das Lausitzer Kohlerevier

- ist der Tagebau Cottbus-Nord bereits 2015 ausgelaufen, weil er planmäßig ausgekohlt wurde,
- läuft der Tagebau Jänschwalde nach den Planungen der LEAG unabhängig vom beschlossenen Kohleausstieg im Jahr 2023 aus – damit vier Jahre später als bei Beschluss des Braunkohlenplanes Tagebau Jänschwalde angenommen wurde¹,

1 „Die Kohleförderung im Tagebau Jänschwalde wird mit dem Erreichen der Endstellung an der Taubendorfer Rinne im Jahre 2019 beendet.“ Braunkohlenplan Tagebau Jänschwalde, 2002

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0)151 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

- hat das Revierkonzept der LEAG sich bereits vor der Berufung der Kohlekommission nicht auf eine Weiterführung des Tagebaues Welzow-Süd in das Teilfeld II festgelegt. Für dieses Abbaufeld wurde zu keinem Zeitpunkt ein bergrechtlicher Antrag gestellt. Stattdessen erfolgte 2018 eine Verlängerung der Rahmenbetriebsplanzulassung des Teilfeldes I, bei der die Abbautechnologie so abgewandelt wurde, dass der Tagebau im Teilfeld I auslaufen kann², die Zulassung wurde schon vor Zusammentreten der Kohlekommission auf den 31.12.2038 befristet³, die LEAG plant einen Betrieb bis 2033.
- war das Auslaufen der Tagebaue Nochten und Reichwalde ursprünglich im Jahr 2042 vorgesehen.⁴ Das Auslaufen wurde durch das Kohleausstiegsgesetz vorgezogen, aber nicht verursacht.

Der Präsident des UBA bestätigte den brandenburgischen Naturschutzverbänden in einem Schreiben vom 03.09.2021, dass „eine Zuweisung der Verantwortung für die erwartete Wassersituation an den Kohleausstieg irreführend und sachlich falsch“ ist.

Anwohner beklagen unerträglichen Tagebaulärm

In 140 Meter Abstand zieht der Tagebau Nochten an Trebendorf vorbei und hat die Förderleistung in den letzten Monaten offensichtlich gesteigert. Wie die [Lausitzer Rundschau](#) berichtete, wurde der Tagebaulärm in der Gemeinderatssitzung von Oktober als "unerträglich" bezeichnet. An einzelnen Immissionsorten sei "nachts mit einer Überschreitung von Immissionsrichtwerten zu rechnen" räumte selbst das Sächsische Oberbergamt ein. Ein Gemeinderat bot Ministerpräsident Michael Kretschmer öffentlich an, zwei Wochen kostenfrei bei ihm wohnen, um die nächtliche Lärmbelastung selbst zu erfahren. Dasselbe Schicksal droht in den nächsten Jahren den Nachbarorten Rohne und Mülkwitz - es sei denn ein von der GRÜNEN LIGA gepachtetes Stück Wald wird nicht enteignet und der Tagebau muss dadurch mehr Abstand zu den Dörfern halten. Gleichzeitig wird auch der Tagebau Welzow-Süd in den nächsten Jahren die Anwohner stärker mit Lärm und Staub belasten, wie die [Lausitzer Rundschau nur eine Woche später](#) zu berichten wusste.

LEAG-Oligarch will sich tschechischer Übergewinnsteuer entziehen

Umgehend nachdem das tschechische Parlament eine Übergewinnsteuer beschloss, kündigte LAG-Eigentümer Daniel Křetinský an, seine Firma EP Commodities, die mit Gas und Strom handelt, ins Ausland zu verlagern. Das berichtet das [Nachrichtenportal visegradpost](#). In welchem Maße es dabei um Gewinne aus Lausitzer und mitteldeutscher Braunkohle geht, ist (wie vieles in Křetinskýs EPH-Imperium) nicht transparent.

Ausstellung zu vom Kohletagebau bedrohtem Wald in Tharandt

Eine Fotoausstellung über den vom Braunkohletagebau Nochten bedrohten Wald bei Rohne (Ostsachen) ist ab dem am 18. November im soziokulturellen Zentrum Kuppelhalle in Tharandt zu sehen. Um 18 Uhr lädt die Kuppelhalle zur Vernissage ein.

Die privaten Eigentümer eines Waldes bei Rohne weigern sich ihr Grundstück an den Kohlekonzern LEAG zu verkaufen und haben ihn stattdessen an den Umweltverband GRÜNE LIGA verpachtet. Diese führt seit 2020 Umweltbildungs- und Kulturveranstaltungen in dem Waldstück durch. Inzwischen hat die LEAG ein Enteignungsverfahren gegen Grundeigentümer und Umweltgruppe eingeleitet, das beim sächsischen Oberbergamt bearbeitet wird.

Der Fotograf Markus Pichlmaier hat die Annäherung des Tagebaues an Wald und Dörfer in einer Fotoausstellung mit dem Titel „UNverkäuflich“ erlebbar gemacht und wird bei der Eröffnung anwesend sein.

2 Auskohlung des Restfeldes im Bagger-Band-Betrieb, Zulassungsantrag, Dezember 2017, S. 8. Bei Inanspruchnahme des Teilfeldes II war für diesen Bereich die Inanspruchnahme mit der Förderbrücke vorgesehen, die damit gleichzeitig in das Teilfeld II einfahren sollte.

3 Zulassungsbescheid des LBGR vom 18.04.2018: <https://lbgr.brandenburg.de/sixcms/detail.php/861034> . Die Kohlekommission konstituierte sich erst am 26. Juni 2018.

4 Vorsorgevereinbarung LEAG-Freistaat Sachsen (2018, Nebenbestimmung 27), zitiert in „Ermittlung von Folgekosten des Braunkohletagebaus bei einem gegenüber aktuellen Braunkohle- bzw. Revierplänen veränderten Abbau und Bestimmung der entsprechenden Rückstellungen“, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, BET et al, 14.12.2020, S. 33

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0)151 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

„Der Tagebau Nochten verursacht neben den unfassbaren CO₂-Emissionen aus der Kohleverbrennung auch massive Eingriffe in das Grundwasser und belastet die Spree bis nach Berlin. Eine Umplanung des Tagebaues ist unumgänglich, um diese Ewigkeitslasten wenigstens zu begrenzen. Dabei kann auch der Abstand zu den Dörfern am Tagebaurand vergrößert werden. Um das alles geht es bei diesem Stück Wald.“ erläutert Rebekka Schwarzbach von der Umweltgruppe Cottbus der GRÜNEN LIGA.

Unser Wald in ZDF-Doku über Ostdeutschland

In der ZDF-Dokumentation "[Wir bleiben! Jung. Ostdeutsch. Selbstbewusst.](#)" taucht unser vom Tagebau bedrohter Wald auf. In der Vorstellung der Schleifer Pfarrerin Jadwiga Mahling zeigt die Doku kurz auch den Soli-Besuch der [sorbisch-wälisischen Freundschaftstour](#) Anfang September. Nicht zu vergessen: Szenen des unplugged-Konzertes in unserem Wald gibt es auch im Video zur [Hymne des alternativen Kunstprojektes](#), das die RBB-Sendung Luzyca online gestellt hat.

Am Sonnabend Verleihung des Panterpreises

Am Samstag, den 12. November ab 18 Uhr wird öffentlich der taz Panter Preis verliehen. Alle fünf nominierten Projekte werden dabei sein. Braunkohle-Widerstand wurde gleich zweimal nominiert: mit der Mahnwache Lützerath aus dem Rheinland und der Umweltgruppe Cottbus aus der Lausitz! Die Veranstaltung in der taz-Kantine in Berlin wird [hier im Internet übertragen](#).

Lausitzer Wasserstandsmeldung: Der Streit um den Regen von übermorgen

(Artikel vom 18. Oktober 2022:) Während in der Lausitz in tieferen Bodenschichten die Dürre von 2018 bis heute nicht zu Ende ist, erwartet ein Teil der Wissenschaftler durch den Klimawandel steigende Wasserverfügbarkeit. Für Verantwortliche ist die Versuchung groß, das als Ausrede zu nutzen um nichts ändern zu müssen. Davon kann auch die Rekultivierung der Lausitzer Tagebaue betroffen sein. Doch verantwortbar wäre ein solches Zurücklehnen gerade nicht.

Nachdem die zweite Augushälfte der Niederlausitz überdurchschnittlich viel Regen brachte und der September mehr oder weniger durchschnittlich war (Die Wetterstation Cottbus macht für September „keine Angaben“, umliegende Stationen liegen zwischen 64 und 144 % des langjährigen Mittels), ist das Gras wieder überall saftig und grün, wofür es einen guten Teil des Regens verbraucht haben dürfte. Wiedermal ist die Dürre im Oberboden vorbei und in der Schicht bis 1,8 Meter Tiefe verzeichnet der Dürremonitor immer noch die gleiche außergewöhnliche Dürre wie seit Jahren. Nur wenn es dort unten auch feucht wird, kann etwas übrig sein, was noch tiefer weiter sickert und Grundwasser neu bildet. Dafür hoffen wir – mal wieder – darauf, das ganze Winterhalbjahr möge so werden, wie die feuchtesten zwei Wochen des Sommers. Anzeichen dafür gibt es bisher nicht.

Grundwasserneubildung ist derweil auf allen Ebenen ein Zankapfel geworden. Viele Klimaforscher warnen eindringlich vor zunehmender Wasserknappheit in Nordostdeutschland. Sie gehen davon aus, dass es nicht so viel mehr regnen wird, wie durch die Klimaerwärmung mehr verdunstet. Die Folge wäre dann zwangsläufig weniger Grundwasserneubildung. Dazu passt auch der Trend zu sinkenden Grundwasserständen, der in den zurückliegenden Jahrzehnten in Brandenburg beobachtet wurde, denselben Jahrzehnten, in denen die nachweisbare Wirkung der menschengemachten Klimaerwärmung einsetzte.

Doch nicht alle sehen das so, Dr. Andreas Marx vom Helmholtzzentrum für Umweltforschung erwartet in einer Studie für den Deutschen Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) eine leicht steigende Grundwasserneubildung! (Zur Entwicklung des Wasserdargebotes im Kontext des Klimawandels Energie/Wasser-Praxis 8.2022, S. 16-21)

Man könnte meinen, es sei schwierig, eine Fachmeinung zu vertreten, die konträr zu dem ist, was wir alle in den letzten Jahren in Nordostdeutschland beobachtet haben. Die Meinung von Dr. Marx hat trotzdem Konjunktur und das dürfte zum Teil daran liegen, dass viele genau das gerne hören wollen. Alle, deren Geschäftsmodell auf Grundwasserentnahmen beruht, tragen seit Monaten Veröffentlichungen von Dr. Marx vor sich her und rufen: „Seht her, wir müssen gar nichts ändern!“ Darunter Wasserwerke, Industriebetriebe und auch Betreiber von Braunkohlentagebauen. Man ist versucht zu kalauern, dass seit dem Ende der DDR nicht mehr so viel Marx zitiert wurde.

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0)151 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

Dabei räumt Dr. Marx ein, dass sein Modell die Verlängerung der Vegetationsperiode nicht vollständig abbildet und dadurch die tatsächliche Verdunstung unterschätzt. Auch sieht er eine Abnahme des Niederschlags zwar als weniger wahrscheinlich, aber ausdrücklich als möglich an. (Was zwangsläufig einschließt, dass der Niederschlag auch nur so moderat zunehmen kann, dass er die zunehmende Verdunstung nur teilweise ausgleicht.) Wer sich weniger für Modellannahmen und mehr für politische Prozesse interessiert, ist vielleicht misstrauisch, weil hier ausgerechnet eine Studie im Auftrag der Wasserbranche zu der Schlussfolgerung führt, man müsse Erlaubnisse zur Grundwasserentnahme ausweiten statt sie einzuschränken. (Sommerinterview Energie/Wasser-Praxis 8.2022, S. 22 - 29)

Aber die Wissenschaft ist frei und lebt nicht zuletzt vom Meinungsstreit. Da ist es wenig hilfreich, wenn Nichtklimatologen so tun, als sei die Auffassung von Dr. Marx Ketzerei und dürfte nicht vertreten werden. Und es wäre auch müßig nachzuzählen, wie groß die Mehrheit von Wissenschaftler*innen ist, die vor zunehmender Trockenheit in Nordostdeutschland warnen. Es bleibt ja selbstverständlich möglich und natürlich absolut wünschenswert, dass Dr. Marx Recht hat. Die Frage ist eine ganz andere, nämlich ob man sich darauf verlassen kann.

Wenn es zwei verschiedene Meinungen gibt, dann hat entweder Wissenschaftler A oder Wissenschaftler B in seinem Modell nicht alle Einflussfaktoren korrekt abgebildet. Die Wahrscheinlichkeit wer richtig liegt muss ich als Nichtklimatologe dann schlichtweg mit 50% ansetzen. Und wenn alle Daten eindeutig zeigen, wer Recht hatte, wird es zum Reagieren zwangsläufig zu spät sein. Dürfen also Politiker*innen und Behörden eine Zukunftsplanung für Jahrzehnte und Jahrhunderte darauf aufbauen, dass A und nicht B Recht hat? Nein, sie werden sich wohl für den schlimmeren der beiden Fälle rüsten müssen. Da kann dann auch eine Bergbehörde nicht plötzlich andere Maßstäbe an Wahrscheinlichkeiten ansetzen, als sie es beim Standsicherheitsnachweis einer Böschung tun würde. Das Brandenburger LBGR hat gerade den Wasserverlust des Pinnower Sees mit Trockenheit durch den Klimawandel begründet (Bericht zu den Oberflächen- und Grundwasserverhältnissen des Pinnower Sees, LBGR/LfU, September 2021), da wäre es gelinde gesagt merkwürdig, die Rekultivierungsplanung des benachbarten Tagebaus auf die These zu stützen, dass es im Klimawandel schon nicht trockener werden wird.

Bei der Herstellung von Tagebauseen gibt es noch einen Unterschied zu Grundwasserentnahmen. Die Seen lassen sich später kaum stoppen und widerrufen, sondern bleiben für Jahrhunderte, „bis zur nächsten Eiszeit“ wie der Brandenburgische Bergamtspräsident es gern ausdrückt. Kommt mehr Wasser als gedacht laufen sie schlichtweg über, denn sie haben in der Regel einen Auslauf in die Vorflut. Mit weniger Wasser kommen sie dagegen nicht klar, denn wird der „untere Grenzwasserstand“ eines gekippten Seeufers dauerhaft unterschritten, ist es mit dessen Standsicherheit vorbei. Deshalb ist es unerlässlich, Szenarien mit sinkender Grundwasserneubildung zu betrachten, statt sich bei der Rekultivierung der Tagebaue darauf zu verlassen, dass sich schon nichts ändern wird.

(Nachtrag vom 08.11.: Der Oktober 2022 blieb an der Wetterstation Cottbus letztlich bei 60% des langjährigen Niederschlagsmittels...)

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0)151 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--